

Frankfurter Allee Süd

Kettenreaktion im Kiez?

von Kerstin Beurich,
Vorsitzende der SPD-Fraktion Lichtenberg

Der Kiez Frankfurter Allee Süd ist zentrumsnah, grün und verkehrsgünstig gelegen, er zeichnet sich durch kurze Wege aus und hat ca. 10.000 Einwohner. Die meisten Häuser sind saniert. Eigentlich ideale Voraussetzungen für Attraktivität, Prosperität und Zuzug.

Die aktuelle Entwicklung verläuft leider umgekehrt: Der Bezirk hat Einrichtungen geschlossen bzw. beabsichtigt weitere zu schließen. So wird z.B. die Grundschule in der Harnackstraße 25 trotz baulich guten Zustandes (im Gegensatz zu manch anderen Schulen sind hier neue Toiletten eingebaut worden!) als Schulstandort aufgegeben und das Studio Bildende Kunst soll ebenfalls geschlossen werden. Hier müssen gute Nachnutzungs- bzw. Vermarktungskonzepte gefunden werden. Gewerbeflächen stehen leer, wie z.B. im Mauritius-Kirch-Center: Eurospar hat geschlossen (noch kein Nachmieter in Sicht) und das portugiesische Restaurant hat aufgegeben (das gleiche Schicksal wie bereits einige Restaurants zuvor an dieser Stelle). Der Haustechnik- und Handwerksartikelladen musste bereits die obere Etage schließen. Die Reste der Verkaufsfläche kann er wahrscheinlich nur noch bis November halten. Die Kitas im Kiez sind in relativ schlechtem baulichen Zustand. Hier organisieren die Eltern dankenswerter Weise in Eigeninitiative Verschönerungs- und Sanierungsmaßnahmen.

Der Abriss einer sich anbahnenden Ruine und der Neubau des Nachbarschaftshauses in der Schulze-Boysen-Straße 38 ist lediglich dem glücklichen Umstand von EU-Fördermitteln (URBAN II) zu verdanken. Offensichtlich fehlt den Fachabteilungen des Bezirksamtes eine übergreifende Planung zur Entwicklung des Kiezes und Ideen, die gemeinsam mit den vor Ort Ansässigen umgesetzt werden könnten. Stattdessen droht die Gefahr des „Umkippen“, wenn jede Abteilung „nur“ eine Einrichtung im Kiez aus Kostengründen schließt. Durch schwindende Attraktivität ziehen Bewohner weg, Laufkundschaft bleibt aus. Das bedeutet noch weniger Einnahmen für die Gewerbetreibenden, deren Fehlen die Attraktivität des Kiezes weiter senkt.

Die SPD-Fraktion wird sich in der BVV dafür einsetzen, dass eine Kettenreaktion im Kiez Frankfurter Allee Süd gestoppt wird bzw. besser gar nicht erst in Gang kommt, deshalb werden wir uns in den Haushaltsberatungen weiterhin für den Erhalt des Studios Bildende Kunst an diesem Standort aussprechen. Dazu brauchen wir die Unterstützung aller Akteure vor Ort.

Interkulturelle Öffnung der Verwaltung

Gute Vorsätze nur auf dem Papier?

von Blashka Brechel,
Mitglied der SPD-Fraktion Lichtenberg

Interkulturelle Öffnung der Verwaltung bedeutet, die Fähigkeit der Verwaltung mit „fremden Personen“ zu kommunizieren, mit Personen, deren Lebenswelt durch Migrationserfahrungen geprägt ist.

Das Bezirksamt Lichtenberg hat in seiner Sitzung am 26.06.2001 beschlossen:

1. Den ganzheitlichen Ansatz der interkulturellen Öffnung der Verwaltung in die Zielvereinbarungen mit den Leistungs- und Verantwortungszentren als strategisches Ziel einfließen zu lassen.

2. In den Beratungen der Leiter der LUV's und der Service-Einheiten über Ansätze der interkulturellen Öffnung zu informieren.

3. Innerhalb des Jahresberichts des Bezirksamtes den Entwicklungsstand der interkulturellen Öffnung der Verwaltung darzulegen.

Es passierte leider in 2001 und 2002 nichts. Die guten Vorsätze standen nur auf dem Papier. Darüber wurde im MigrantInnenbeirat und im Ausschuss für Gleichstellung diskutiert. Gemeinsam mit der Bezirksverordneten Rim Farha (Mitglied der PDS-Fraktion Lichtenberg) wurden ich beauftragt, mit der Ausländerbeauftragten des Bezirksamtes, Frau Marquardt, ein Gespräch über den aktuellen Stand bzw. die notwendigen Maßnahmen zur Durchsetzung der interkulturellen Öffnung der Verwaltung zu führen. Nachdem sich herausstellte, dass das Bezirksamt bis zum Herbst 2002 nichts unternommen hat, die interkulturelle Öffnung der Verwaltung in die Praxis umzusetzen, beschlossen wir eine große Anfrage an das Bezirksamt Lichtenberg in der BVV-Sitzung im Dezember 2002 zu stellen. Tatkräftig unterstützt wurde ich dabei von meiner Fraktion. In der Großen Anfrage V/

389 wurden konkrete Maßnahmen zur Durchsetzung der interkulturellen Öffnung der Verwaltung gefordert, wie z.B. die Durchführung von Seminaren mit den Führungskräften und den Mitarbeitern des Bezirksamtes Lichtenberg zum Inhalt „Information und Diskussion zu inhaltlichen Grundfragen der interkulturellen Öffnung“ sowie über den Verlauf des Prozesses über die interkulturelle Öffnung der Verwaltung in der Abteilung Bürgerdienste und Soziales. Dank dieser Großen Anfrage bewegte sich endlich etwas im Amt. Konkrete Maßnahmen zur Durchsetzung der interkulturellen Öffnung der Verwaltung sind zuerst in den Abteilungen Umwelt und Gesundheit sowie Bürgerdienste und Soziales vorgesehen. In der Zeit vom 01.09.03 bis 05.09.03 findet ein Lehrgang für Führungskräfte des Bezirksamtes über die interkulturellen Öffnung der Verwaltung statt. In diesen Bereichen sowie in der Wohnungsbaugesellschaft HoWoGe, und der Wohnungsgesellschaft Lichtenberg wurden wichtige Informationsmaterialien in verschiedenen Sprachen übersetzt und den Bürgern zur Verfügung gestellt. Besonders aktiv ist die Abteilung Umwelt und Gesundheit mit unserem Stadtrat Andreas Geisel.

Es wurden Kontakte zu den im Bezirk tätigen ärztlichen Einrichtungen mit Fremdsprachenkompetenz gesucht. Ziel ist die Schaffung eines arbeitsfähigen Gesundheitsnetzwerkes. Angestrebt ist eine kontinuierliche Zusammenarbeit mit anderen medizinischen oder sozialen Diensten mit dem Ziel, Erfahrungsaustausch bezüglich der Beratung und Betreuung der ca. 28.000 im Bezirk lebenden Migrantinnen und Migranten.

Der Gastkommentar

diesmal von **Michael Pfau**, Projektleiter im pad e.V., Eltern und Jugendliche gegen Drogenmissbrauch

Prävention lohnt sich!

In diesen Tagen lässt sich aus allen Zeitungen wieder und wieder entnehmen: „Können wir uns nicht mehr leisten.“, „Geht nicht – zu teuer!“, „Ist zu streichen – fällt ersatzlos weg“. Die Gesellschaft scheint über keine erfolgversprechenden Konzepte zu verfügen, um den schwer angeschlagenen „Konzern“ Bundesrepublik vernünftig (nachhaltig) zu sanieren. Die Zahl der Insolvenzen nimmt ebenso zu, wie die Zahl der Arbeitslosen, die Länder und Kommunen sind chronisch pleite. Was ist das nur für eine Zeit, in der selbst Lehrstellen inzwischen „gehandelt“ werden. Kein Wunder, so könnte man meinen, dass dadurch auch die Gefahren für Sucht und Drogenkonsum zunehmen und die Betroffenen immer jünger werden. Auch die Kriminalstatistik ist in der Regel ein Spiegelbild der Gesellschaft. Laut dieser steigt in Berlin die Jugendkriminalität wieder an. Kann in einer solchen Zeit Sozialarbeit überhaupt noch etwas leisten oder geht auch diese nach und nach den Bach runter. Können Sozialarbeiter bei eigener Bedrohung von Arbeitslosigkeit anderen Menschen Halt geben und Wege für neue Lebensperspektiven aufzeigen? Schlimm, dass solche Fragen überhaupt auf der Tagesordnung stehen. Wir Bürger im Bezirk Lichtenberg sind inzwischen mehr als betroffen, wenn es um Kürzungen gerade im sozialen Bereich geht.

Schauen wir aber zunächst zurück. Auch unser Verein pad e.V., Eltern und Jugendliche gegen Drogenmissbrauch, ist wie viele andere 1990 in der Wendezeit mit dem Ziel gegründet worden, der Gefahr einer schnellen Verbreitung gerade der illegalen Drogen verschiedene inhaltliche Konzepte entgegenzustellen. Suchtpräventive Angebote mussten her und es gab tatsächlich **noch** Geld für kreative Ideen. Zahlreiche Projekte unseres Trägers entstanden so im Bereich Suchtprävention und offener Kinder- und Jugendarbeit in den östlichen Teilen Berlins sowie im Land Brandenburg. Engagierte und erfahrene Pädagogen schlossen sich zusammen, um neue Wege zu gehen und auch „Neues“ auszuprobieren. Gern nahmen wir die Erfahrungen unserer Kolleginnen und Kollegen aus den alten Bundesländern und ganz Europa an. So tourten wir mit einer „pad-Karavane“ durch zahlreiche Länder Europas, traten dort mit Jugendlichen und Sozialarbeitern in den Erfahrungsaustausch und konnten die gesammelten Erfahrungen bezogen auf unsere konkrete Situation auch tatsächlich anwenden. Ein eigenes Fortbildungsprogramm wurde entwickelt und realisiert, viele Mitarbeiter erwarben Zusatzqualifikationen. Prävention war und ist der Leitgedanke unseres Trägers, dem wir bis heute treu geblieben sind. Längst sind wir jedoch von einer Realität eingeholt worden, die es immer schwieriger macht, Prävention als ei-

genständiges Arbeitsfeld zu finanzieren. Bereits Mitte der neunziger Jahre zeichnete sich ab, dass es für einen freien Träger der Jugendhilfe notwendig ist, neben dem Standbein Suchtprävention, weitere zu entwickeln. Die Bereiche Hilfen zur Erziehung, ambulante Betreuung straffälliger Jugendlicher, aber auch berufsvorbereitende Maßnahmen kamen hinzu und ergänzten so das bereits vorhandene breite Spektrum unserer Arbeit. Eine gemeinnützige GmbH als Träger einer im Jahre 1996 eröffneten Therapieeinrichtung für suchtmittelabhängige Jugendliche im Land Brandenburg ergänzte das vielseitige Leistungsspektrum. Die hier nur skizzierte Entwicklung ist durchaus typisch für eine Vielzahl freier Träger, die derzeit dennoch die Grenzen des Machbaren erreichen und sich nicht selten mit nicht unerheblichen Schwierigkeiten konfrontiert sehen. Soziale Dienstleitungen werden im Land Berlin zwar gebraucht, aber offensichtlich ist deren Bewilligung immer schwieriger. Von Budgetierung ist die Rede, von Reduzierung der Fallzahlen, von Schließung weiterer Kitas und Jugendeinrichtungen, von Schulen, Bibliotheken, kulturellen Einrichtungen, auch von Angeboten freier Träger. Der Bürger kann häufig nur sehr schwer nachvollziehen, daß er bestimmte Leistungen nicht mehr oder nur in begrenztem Maße in Anspruch nehmen kann.

Es scheint, dass trotz der vorhandenen rechtlichen Grundlagen in Form von Gesetzen, die sogenannten „Kann-Leistungen“ mehr und mehr abgebaut und die „Pflichtleistungen“ auf ein Minimum zurückgefahren werden. Dies im Einzelfall nachzuvollziehen ist gerade für die Betroffenen schwieriger denn je, da sie sich eine Hilfe versprochen, die sie nun nicht mehr bzw. lediglich in eingeschränkter Form erhalten. Was bleibt, ist der Optimismus, dass es eigentlich auch irgendwann wieder besser werden muss. Prävention vor Therapie war lange gefordert, da diese bei frühzeitigem Einsetzen auch eine breitere Wirkung erzielen kann. Auch die Kosten ließen sich dabei reduzieren. Es gilt: Jetzt umzusteuern, denn **Prävention lohnt sich.**

Impressum:

Herausgeber: SPD-Fraktion in der BVV Lichtenberg, Möllendorffstr. 6, 10367 Berlin,
Tel.: 57795448 Fax: 57795449
e-mail: spd_fraktion_lichtenberg@hotmail.com
web: www.spd-lichtenberg.de
V.i.S.d.P.: Kerstin Beurich
Redaktion und Satz:
Kerstin Beurich, Kurt Hemmerlein,
Boris Schymetzko